



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 27. Oktober 2014  
(OR. en)

14762/14  
ADD 1

ENV 857  
IND 303  
PROCIV 87  
ONU 126

### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	23. Oktober 2014
Empfänger:	Herr Uwe CORSEPIUS, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

---

Nr. Komm.dok.:	COM(2014) 651 final - ANHANG I
Betr.:	ANHANG Anlage zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2014) 651 final - ANHANG I.

---

Anl.: COM(2014) 651 final - ANHANG I



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 23.10.2014  
COM(2014) 651 final

ANNEX 1

## **ANHANG**

### **Anlage**

**zu dem Vorschlag für einen**

**Beschluss des Rates**

**zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung des  
Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen**

## ANHANG

### Anlage

zu dem Vorschlag für einen

**Beschluss des Rates**

**zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen**

#### **Direktiven für die Verhandlungen zur Änderung des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen**

- (1) Jede vereinbarte Änderung muss mit den in der Richtlinie 2012/18/EU oder anderen relevanten Rechtsvorschriften vorgesehenen Maßnahmen vereinbar sein.
- (2) Alle in den zur Debatte stehenden Bereichen vereinbarten Änderungen müssen Teil eines einzigen Pakets sein.
- (3) Die Kommission muss sicherstellen, dass sinnvolle Bestimmungen vereinbart werden, denen sich die Union als Vertragspartei anschließen kann.
- (4) Die Kommission muss garantieren, dass sie Änderungen nur zustimmt, wenn sie zeitgleich zur Annahme vorgeschlagen werden.
- (5) Die Kommission erstattet dem vom Rat eingesetzten Beratungsausschuss über die Verhandlungsergebnisse und etwaige Probleme, die während den Verhandlungen auftreten, Bericht